

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

**Amtsblatt**



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
Rentamt zu Tharandt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckerei des Verlegers: Wilsdruff, Markt 1. / Preis: monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk., halbjährlich 6 Mk., jährlich 12 Mk. / Anzeigen: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. / Abonnement: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. / Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich. / Verantwortlich: Verleger: Wilsdruff, Markt 1.

Intendant: Dr. H. H. H. / Druckerei: Wilsdruff, Markt 1. / Preis: monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk., halbjährlich 6 Mk., jährlich 12 Mk. / Anzeigen: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. / Abonnement: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. / Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich. / Verantwortlich: Verleger: Wilsdruff, Markt 1.

für die Amtshauptmannschaft Weitzen, für das  
sowie für das Forst-

Verleger: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr 7

Sonnabend den 10. Januar 1920

79. Jahrg.

## Ämtlicher Teil.

### Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit.

Das Arbeitsministerium — Landeskohlenamt — hat unterm 1. Januar 1920 von diesem Tage an geltende Ausführungsbestimmungen gem. § 1 Ziff. 3 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit vom 9. September 1919 erlassen. Wir geben hierdurch bekannt, daß diese Bestimmungen von heute ab 14 Tage im häuslichen Verwaltungsgebäude aushängen und im übrigen im Elektrizitätswert und in der Stadtkasse eingesehen werden können.

Die Stromabnehmer mit mehr als 250 Kw. Jahresverbrauch, deren Höchstentnahme in einem der Jahre 1918—1919 12000 Kw. nicht übersteigt hat (Mittelverbraucher), werden im monatlichen Verbrauch eingeschränkt bei Anlagen

a) mit seit 1. Juli 1914 unverändertem Anschlußwert auf 70% des entsprechenden Monatsverbrauches in der Zeit vom 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1914,

b) mit nach 1. Juli 1914 erfolgtem Neuanfchlusse oder stattgefundener Erweiterung auf 90% des Durchschnittsverbrauches der letzten sechs Monate des Jahres 1919, sofern der Stromverbrauch im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 1000 Kilowattstunden betragen hat.

Wilsdruff, am 8. Januar 1920.

Der Stadtrat.

### Freibank-Rindfleisch

Sonnabend den 10. Januar vormittags 9—11 Uhr auf gelbe Lebensmittel-Karten 1961—2600. Preis das Pfund 2,60 Mk.

Wilsdruff, am 9. Januar 1920.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

# Austausch der Ratifikationen am 15. Januar.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

• Nach den letzten Meldungen aus Paris soll der Austausch der Ratifikationen erst am 15. Januar erfolgen.

• Die Reichsregierung befreit die Richtigkeit der Zeitungsmeldung, daß ihr die Namen der Ausglickerenden bereits bekannt seien.

• Das Reichswirtschaftsministerium dementiert das Gerücht von der beabsichtigten Ausbebung der Zwangswirtschaft.

• Zur Unterstützung der durch das Hochwasser am Rhein Geschädigten hat die preussische Regierung größere Mittel bereitgestellt.

• In Paris ist die internationalisierte Auslieferungskommission aufgegeben.

• Churchill tritt mit Entschiedenheit für einen intensiven Handel mit Deutschland ein.

• Polen und Letten haben in Danaburg eine gemeinsame Offensive gegen die Bolschewisten eröffnet.

## Ein ernstes Zwiegespräch.

Kein Tag ohne Sorge. Für den Präsidenten des Reiches ebenso wie für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Am Mittwoch hatte Herr Ebert das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu empfangen, umgeben vom Reichskanzler, dem Vizekanzler und vom Reichsfinanzminister, um aus dem Munde dieser berufenen Männer zu hören, welche schweren Beschränkungen auf der Gesamtheit unserer Industrien lasten und ihre Arbeitsfreudigkeit mehr und mehr zu erschüttern drohen.

Werden wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns beim Wiederaufbau des Vaterlandes entscheidend mitzubeteiligen, wie es der Bedeutung unserer industriellen Arbeit im Gesamtplan des volkswirtschaftlichen Lebens dieses geschlagenen Landes entspricht? Diese Frage stellte Dr. Sorge, der Vorsitzende des Präsidiums, an die Spitze seiner Ausführungen, um sofort anzudeuten, daß, wenn es nicht gelänge, eine große und steigende Unzufriedenheit zu empfinden, unsere Gläubiger sich mit der Grundlage unserer Produktion selbst bezahlt machen würden, mit unserem Gesundheits-, unseren Lebensschicksalen, unseren Verhältnissen. Das abschreckende Beispiel im Osten beweise, daß eine fröhliche industrielle Erzeugung nur aufrecht erhalten werden könne, wenn den Unternehmern Selbstständigkeit in der Führung der Betriebe, Übersicht über den Erfolg des Unternehmens und Verfügung über die notwendigen Betriebsmittel gelassen würde. Diese Voraussetzungen würden durch die gegenwärtige soziale Steuerpolitik einfach in Frage gestellt. Die Gefahren des Betriebsdrückgesetzes, des Notopfers wurden greifbar und noch einmal auf den unvermeidlichen industriellen Zusammenbruch hingewiesen, wenn auf diesem Wege weitergegangen würde. Die einseitige Verdrängung der Verbraucherinteressen verblühte der Bevölkerung nur scheinbar ihren Bedarf, in Wirklichkeit treibe sie das ganze Preisniveau nur um so schneller in die Höhe. Nichts tue uns mehr not als eine einheitliche und kraftvoll durchgeführte Produktionspolitik. Dafür möge der Herr Reichspräsident im neuen Jahre seine ganze Kraft einsetzen.

In seiner Antwort auf diesen Neujahrswunsch fand Herr Ebert manche freundliche Wendung, doch ließ er seinen Besuchern gar keinen Zweifel darüber, daß die Erfüllung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes nicht nur von der möglichst freien Betätigung der Unternehmer, sondern auch von anderen wesentlichen Bedingungen abhängt, insbesondere von der Hebung der sozial gelagerten Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmer. Jeder unbeschäftigten Arbeitsverweigerung wolle die Reichsregierung entschlossen entgegenzutreten, aber den berechtigten Forderungen der Arbeiter, wie sie im Betriebsdrückgesetz festgelegt seien, müsse Wendung geschaffen. Ebenso könne ohne die Befreiung unserer zerrütteten Finanzen die volle Entfaltung unserer Produktionsfähigkeit weder erreicht noch wirksam werden. Die gewerbliche Produktion sei bei den danach erforderlichen Steuer-

maßnahmen nach Möglichkeit gespart worden. Die Herren dürften aber auch nicht vergessen, daß der Wiederaufbau des Reiches in der schwersten Not zu leisten sei, in der sich je ein Volk befinden habe, unter dem Druck eines fremden Willens, dem wir uns nicht entgegenstemmen konnten. Den Vorwurf einseitiger Interessenspolitik solle man unter diesen Umständen lieber nicht erheben, jedenfalls sei er mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Er, der Präsident, vertraue auf die vaterländische Bestimmung der deutschen Industrie, die in Würdigung aller Schwierigkeiten und Spannungen der bitteren Notwendigkeit der Lage gerecht werden müsse.

Soweit die Antwort des Präsidenten. An dieses ernste Zwiegespräch schloß sich eine mehrstündige Aussprache über die wirtschaftliche Lage des Reiches, und es stellte sich dabei erfreulicherweise heraus, daß in den praktischen Fragen der Gegenwart: Hebung der Kohlenverzeugung, Transportproblem, Überschleifen, Ausfuhr- und Einfuhrpolitik, Bekämpfung des Schleierhandels, Grenzkontrolle eine ungleich weitergehende Übereinstimmung der Ansichten vorlag, als nach den vorangegangenen Besprechungen grundsätzlicher Art anzunehmen war. Die Industriellen verwarfen sich gegen die Auffassung, als wenn in ihrem Vorgehen Hoffnungslosigkeit oder mangelnder Wille zur Mithilfe erblickt werden dürfte, und von allen Seiten würde die unbedingte Notwendigkeit gemeinsamen Arbeitens zur Abwehr der unserer Wirtschaft drohenden Gefahren anerkannt. Auch wurde vereinbart, daß man fortan in regelmäßiger Fühlung miteinander bleiben wolle. Ist danach auch nicht viel, so ist doch etwas erreicht worden. Man muß bei der heutigen Lage unseres Landes, auch schon mit kleinen Gewinnen, mit möglichem Fortschreiten, zufrieden sein.

## Herabsetzung der Brottration?

Kein Grund zu „übertriebenen“ Befürchtungen. In Stuttgart fanden letzte Tage Besprechungen des Reichswirtschaftsministers mit den Ministern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen über wirtschaftliche Fragen statt. Der Reichswirtschaftsminister gab zunächst einen Überblick über die gesamte wirtschaftliche Lage. Bezüglich der Ernährung ist der Minister der Ansicht, daß zunächst die Wirkung der eben jetzt in Kraft getretenen Lieferungsordnungen abgewartet werden müsse. Zu übertriebenen Befürchtungen liege trotz des Ernstes der Lage kein Grund vor. Wenn die Prämissen nicht die erhoffte Wirkung hätten, würden rechtzeitig Maßnahmen getroffen, wobei in erster Linie die Herabsetzung der Ration und die Erhöhung des Ausschlagfahres, daneben aber auch in den nötigen Grenzen eine Erleichterung der Einfuhr in Betracht komme.

## Die Austauschzeremonie.

Sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen. Der Austausch der Ratifikationsurkunden und die Unterzeichnung des Schlussprotokolls wird im Pariser Ministerium des Auswärtigen stattfinden, in demselben Saal, in dem im Jahre 1865 die Unterzeichnung des Pariser Friedens stattfand, der dem Krieg ein Ende machte. Zunächst wird die Unterzeichnung des Protokolls vom 1. November erfolgen. Dann wird das Antwortschreiben des Obersten Rates überreicht, das jetzt festgelegt worden ist, und den Umfang des abzuliefernden Materials von 400 000 Tonnen auf insgesamt 275 000 Tonnen, von denen 182 000 Tonnen sofort geliefert werden müssen, herabsetzt. Zum Schluss wird die Zeremonie des Austausches der Ratifikationen durch die 14 verbündeten Staaten, die den Versailler Vertrag unterschrieben und ratifiziert haben, stattfinden. Frankreich wird bei der Zeremonie durch Dufaure oder Jules Cambon vertreten werden. Die Pariser Blätter berichten, gleich nach dem Inkrafttreten des Friedens werde der französische Gesandte in Berlin, Herr de Marcilly nach Berlin abreisen und Legationsrat v. Lerzner werde als erster Geschäftsträger der Deutschen

Republik in Frankreich in das Volkshausgebäude in der Avenue des Champs-Élysées übersiedeln.

## Jede Verächtlichung der Ofgrenze abgelehnt!

Am 24. Oktober hat die deutsche Regierung eine Note an den Obersten Rat übergeben, in welcher das Ersuchen gestellt wurde, die Vollmacht der internationalen Kommissionen für die deutsch-polnischen Grenzfestsetzungen bergestellt zu erweitern, daß eventuell auch die im Friedensvertrage vorgesehenen allgemeinen Grenzlinien einer Änderung unterzogen werden können. Daraufhin ist der deutschen Regierung am 8. Januar eine Note übergeben worden, in der der Oberste Rat den deutschen Vorschlägen nicht zustimmt und festsetzt, daß die Stipulation des Friedensvertrages unverändert aufrechterhalten werden müsse. Diese Entscheidung des Obersten Rates ist deshalb so bedauerlich, weil dadurch die Bemühungen der deutschen Bevölkerung in den in Frage kommenden Ortschaften ergebnislos geblieben sind. Vielleicht ist es in einem späteren Stadium möglich, daß den Wünschen der betreffenden Bevölkerung noch entsprochen werden kann.

## Versicherungsbeamtenstreik in Berlin.

Gemeinsames Vorgehen aller Verbände. Der Zustand der Angestellten der Versicherungsfirma ist in der Reichshauptstadt seit Donnerstag früh Lauffade geworden. Nach den Beschüssen der Berliner Organisation vom Tage vorher hat die weit überwiegende Mehrzahl des kaufmännischen Personals die Arbeit nicht aufgenommen. Auch Agenturen und Nebenstellen liegen meistens still, wenn auch noch eine gewisse Anzahl von Arbeitsschaffigen vorhanden war. Mit diesen sowohl wie mit dem in die Gebäude der Versicherungsgeschäftsbauer strebenden Publikum kam es mehrfach zu Zusammenstößen, da die Aufständigen starke Streikposten um die Gebäude gezogen hatten. In einigen Stellen trat die Sicherheitswehr in Funktion, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

## Einigung aller organisierten Arbeitnehmer.

Die Gesellschaften hatten bisher gegen die Verhandlungen mit der Gegenseite besonders eingewendet, da nur der „Zentralverband“ der Angestellten als Förderer aufträte, seien Vereinbarungen unmöglich, weil die übrigen Organisationen beiseite blieben. Nun ist es aber zu einer Verständigung zwischen allen drei Vereinigungen der Angestellten gekommen und sie machen gemeinsame Sache. So steht den Unternehmungen eine geschlossene Front der Angestellten gegenüber. Der Arbeitgeberverband ist aufgefordert worden, sofort zu erklären, ob er nun zu Verhandlungen bereit sei. Man hofft, daß es alsbald zu Verhandlungen über die Ansprüche der Angestellten kommen wird und die Proklamierung des Streiks für das ganze Reich vermieden wird. Die in Frage kommenden Stellen der Reichsregierung bemühen sich lebhaft in dieser Richtung. — In Leipzig sind die Versicherungsangestellten ebenfalls in den Zustand getreten.

## Die Eisenbahnerbewegung.

Im Westen des preussischen Staates halten die Streikenden auf den Bahnen an. Sie haben auf den Direktionsbezirk Essen übergegangen. In Dortmund feiert der größte Teil der Arbeiter. Hierdurch wird besonders die Entladung der Güterwagen unmöglich gemacht, während im übrigen der Personen- und Güterverkehr in beschränktem Umfang aufrechterhalten werden konnte. In Berlin gehen die Verhandlungen über die geforderten Teuerungszulagen weiter, die von Bahnarbeitern wie Beamten einheitlich auf 150% normiert wurden. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamter im Bezirk Ostpreußen hat keine Aufforderung zum Streik gegeben, da die Berliner Verhandlungen über den Lohnstreik nicht unterbrochen sind. Auch die Arbeiterorganisationen haben weder den Generalstreik noch den Teilstreik oder Lokalfreistreich angeordnet. Der Beamten-